

Zur Lage im Kosovo

Stellungnahme des Vorsitzenden des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma zur geplanten Abschiebung von mehr als 10.000 Roma aus Deutschland in den Kosovo. Von Romani Rose



Foto: Frauke Sonnenburg

Romani Rose ist Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. 13 Mitglieder seiner Familie wurden in NS-Vernichtungslagern ermordet.

Vor zehn Jahren, nach dem Ende des Kosovo-Kriegs, sind Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter fast vollständig durch die Kosovo-Albaner vertrieben worden. Jetzt, ein Jahrzehnt später, beabsichtigt die Bundesregierung, entgegen der nachdrücklichen Warnungen von internationalen Institutionen und Organisationen, fast 10.000 Roma in den Kosovo abzuschicken.

Trotz anders lautender Auskunft der Bundesregierung, gibt es nach wie vor täglich Gewalt gegen Roma im Kosovo. Alle internationalen Organisationen und Institutionen berichten über diese alltägliche Bedrohung von Minderheiten, insbesondere Roma. Es steht für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma außer Zweifel, dass die beabsichtigte Abschiebung von tausenden von Roma in den Kosovo zu neuen scharfen Spannungen zwischen den Minderheiten und den Kosovo-Albanern führen wird, die die Sicherheit der betroffenen Familien extrem gefährden werden.

Für die abgeschobenen Familien gibt es im Kosovo buchstäblich nichts: Es gibt weder eine Infrastruktur auf der Seite der Kosovarischen Regierung, noch gibt es Arbeits- oder Wohnmöglichkeiten. Roma, Ashkali und Kosovo-Ägypter besaßen in der Regel Häuser im Kosovo; unmittelbar nach dem Krieg zerstörten Kosovo-Albaner tausende von Häusern, oftmals ganze Dörfer, um jede Rückkehr der Vertriebenen unmöglich zu machen. In den Städten wurden die Häuser entweder zerstört oder von Albanern besetzt. Für zurückkehrende Familien ist es schlichtweg unmöglich, ihr Eigentum wieder in Besitz zu nehmen – jeder Versuch würde mit unmittelbarer Gewalt beantwortet werden. Ein auch nur annähernd funktionierendes Rechtswesen gibt es im Kosovo nicht.

Besonders für die Kinder der betroffenen Familien ist eine Rückkehr in den Kosovo eine Katastrophe. Seit fast zehn Jahren leben die Familien in Deutschland, viele Kinder sind hier geboren und sprechen weder Albanisch noch Serbisch, für sie ist Deutsch ihre Muttersprache. Das Schulsystem im Kosovo ist in keiner

Weise auf Rückkehrer vorbereitet, abgesehen davon, dass Kinder der Roma-Minderheit in den Schulen nicht akzeptiert werden.

Weder die neue Verfassung des Kosovos, noch die neue Gesetzgebung schützen wirksam die Minderheiten des Kosovo – Bosniaken, Kroaten, Gorani, Roma, Ashkali, Egyptians und andere; vielmehr sind einige der neuen Gesetze problematisch für sie. Durch das neue Gesetz für die lokale Selbstverwaltung im Kosovo wurde die proportionale Beteiligung von Minderheiten im öffentlichen Dienst abgeschafft.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma wandte sich an die verantwortlichen Internationalen Organisationen, den UNHCR, die Europäische Union, den Europarat und die OSCE, um seiner Sorge um eine neue Spirale der Gewalt im Kosovo Ausdruck zu verleihen. Ich appelliere an die Bundesregierung und die Länderregierungen, der Sicherheit der betroffenen Menschen Vorrang zu geben und keine Minderheitenangehörigen in den Kosovo abzuschicken!

Die Lage im Kosovo ist für Angehörige der Roma nach wie vor katastrophal und – entgegen der Lageberichte der Bundesregierung – nach wie vor von direkter

Bedrohung gekennzeichnet. Es kommt immer wieder zu ethnisch motivierter Gewalt gegen Minderheiten, die von den kosovarischen Polizeibehörden nicht erfasst werden, sei es, weil

die Opfer begründete Angst vor Repressalien haben oder die kosovarische Polizei bei solchen Straftaten schlicht nicht tätig wird. Die jüngsten Berichte der OSZE, des UNHCR und auch der UNMIK-Bericht vom September 2009 bestätigen diese Lageeinschätzung. Es ist daher unverantwortlich, angesichts der ohnehin wieder gespannten Lage zwischen den verschiedenen Nationalitäten und Ethnien im Kosovo jetzt – wie beabsichtigt – mehrere tausend Menschen abschieben zu wollen.

**Weder die neue Verfassung des Kosovos
noch die neue Gesetzgebung schützt
wirksam die Minderheiten**

In Mitrovica leben Roma seit über zehn Jahren auf von Schwermetallen extrem verseuchtem Gelände; mit der Folge schwerer Gesundheitsschäden. Weder die internationale Gemeinschaft, noch die Regierung des Kosovos haben Anstrengungen unternommen, die Zustände in den Lagern von Mitrovica zu ändern, die der Menschenrechtskommissar des Europarates als schwerwiegendstes humanitäres Menschenrechtsproblem in Europa bezeichnete. Dieses Beispiel zeigt, dass es im Kosovo keinerlei Entwicklung gibt, die eine Rückkehr für Minderheitenangehörige möglich erscheinen lässt. In jüngster Zeit sind vielmehr erneut Roma-Familien gezwungen, in diesen Lagern Unterkunft zu suchen, darunter auch abgeschobene Familien aus Deutschland. Roma können im Kosovo bis heute nicht in ihre Heimatgemeinden zurückkehren, weil ihre Häuser zerstört oder von Albanern besetzt sind.

**Im Kosovo gibt es keinerlei Entwicklung,
die eine Rückkehr für Minderheitenangehörige möglich erscheinen lässt**

Deutschland hat aufgrund des Völkermords an über 500.000 Sinti und Roma während der Nazi-Zeit in Europa eine besondere Verantwortung gegenüber verfolgten Minderheiten und gegenüber Vertriebenen. Diese besondere Verantwortung hat sich jetzt gegenüber den Roma zu beweisen, die aus ihrer Heimat im Kosovo im Rahmen ethnischer Säuberungen vertrieben wurden und deren Abschiebung aus Deutschland zurück in den Kosovo sie einer unmenschlichen Situation aussetzen würde.

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma appelliert an die Bundesregierung und die Regierungen der Länder, das Rückführungsabkommen mit dem Kosovo auszusetzen und den in Deutschland seit zum Teil weit über zehn Jahren lebenden Minderheitenangehörigen aus dem Kosovo dauerhaften Aufenthalt zu gewähren, sowie die Regelungen für den Aufenthalt der aus dem Kosovo vertriebenen Menschen schnell zu korrigieren! Hierzu gehört vor allen Dingen die Änderung der Fristen für die Bleiberechtsregelung, um den langfristig geduldeten Menschen endlich eine gesicherte Perspektive in Deutschland zu verschaffen.

Darüber hinaus fordert der Zentralrat die Fraktionen des Deutschen Bundestages auf, eine Anhörung zur Sicherheitslage der Roma und anderer Minderheiten im Kosovo anzusetzen. Auch sollen dabei die Erkenntnisse der Bundesregierung über die Eigentumsverhältnisse im Kosovo, die Rückgabe von besetzten Häusern und die Entschädigung für die über 14.000 zerstörten Häuser der Minderheiten erörtert werden.<

Das Heft der Flüchtlingsräte 2010 stellt sich vor

300 Seiten hätten es locker werden können. Wenn die Flüchtlingsräte gemeinsam Artikel sammeln, fehlt es der Redaktion an Auswahl nicht. Zumal das Thema Antiziganismus unerschöpflich ist. Die Verfolgung und Vernichtung von Sinti und Roma, über Jahrhunderte hinweg, die antiziganistischen Kontinuitäten, bis ins Heute hinein, und die aktuellen Abschiebungen in den Kosovo könnten ganze Bibliotheken füllen – und machen wütend. Leider mussten wir, die Hinterland-Redaktion, die diesmal mit der Federführung für das gemeinsame Heft der Flüchtlingsräte betraut war, das Material auf 86 Seiten zusammendampfen. Viele lesenswerte Artikel fanden im Heft leider keinen Platz. Einige Meinungen aber, sind aus Überzeugung nicht vertreten, wenn es sich auch um Meinungen handelt, die innerhalb der Debatten virulent sind. Unser Anliegen, nicht nur dem Rassismus, sondern auch dem Positivrassismus entgegenzutreten, führt sich auch auf dem Felde des Antiziganismus fort. Beiträge, die auf eine positive Umwidmung antiziganistischer Vorurteile abzielen, sind deshalb nicht in diesem Heft. Eine weitere problematische Argumentation ist uns aufgefallen: Sinti und Roma hätten, so ist oft zu lesen, viel mehr zu leiden, als diese oder jene Opfergruppe. Das mag schon richtig sein. Dennoch halten wir das ins Verhältnis setzen von Opfergruppen und die Aufteilung in mehr oder weniger Benachteiligte für keinen guten Gedanken. Ein Konkurrenzverhältnis der Ressentiments schadet in Summe. Wichtig war uns auch, nicht nur ÜBER Sinti und Roma zu berichten, sondern ebenso Sinti und Roma Öffentlichkeit zu verschaffen. Das ist uns weit weniger gelungen, als wir uns das gewünscht haben, aber dennoch konnten einige Sinti und Roma als AutorInnen und GesprächspartnerInnen gewonnen werden. Dies wäre nicht möglich gewesen, ohne die gute Zusammenarbeit der Flüchtlingsräte Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt, Hessen und Bayern. Wir wünschen den LeserInnen, im Namen aller Flüchtlingsräte, viel Kurzweil mit diesem Heft.

Ihre Hinterland Redaktion

*P.S.: Kritik und Anmerkungen zu diesem Heft der Flüchtlingsräte bitte an:
redaktion@hinterland-magazin.de*